

Zur politischen und militärischen Entwicklung in Sri Lanka

Oskar Flück

Seit dem 2. Oktober 2003 überstürzen sich auf politischer Ebene die Ereignisse in Sri Lanka. Die Übergabe der Vorschläge der LTTE zu einer Interimsadministration im Nordosten an die Regierung Ende Oktober waren ein positives Zeichen für Frieden. Dann aber entließ Staatspräsidentin Chandrika drei Minister in Schlüsselpositionen und verhängte den Ausnahmezustand. Der schon zuvor schwelende Machtkampf mit Premierminister Ranil Wickremesinghe brach daraufhin offen aus. Norwegen hat seine politische Vermittlertätigkeit - nicht aber die Arbeit der SLMM - bis auf Weiteres eingestellt, solange nicht klar ist, wer nun der Ansprechpartner für den Friedensprozeß ist. Der Ausgang des Machtkampfes ist noch völlig offen (Stand 10. Dezember 2003), aber der internationale Druck auf die Staatspräsidentin steigt. Die LTTE wartet ab und hat bisher auf Angriffe verzichtet. Trotzdem steigt die Gefahr eines neuen Waffenganges.

Anfang Oktober fand ein Treffen hochrangiger Vertreter der LTTE in der irischen Hauptstadt Dublin statt, darunter der politische Führer der LTTE, Thamichelvam, Pulithevan vom Friedenssekretariat und Rebellenkommandant Karuna. Während dieses Treffens traf aus den USA die Nachricht ein, daß die LTTE weiterhin auf der Schwarzen Liste der verbotenen terroristischen Organisationen geführt werde. Die LTTE-Delegation reiste Mitte Oktober nach Norwegen, um weitere Vorbereitungen für die definitive Abfassung ihres Friedensplans zu treffen.

Am 7. Oktober fällt das srilankische Parlament eine wichtige Entscheidung: 168.141 aus Indien stammende Tamilen sollen die Einbürgerung erhalten. Dabei handelt es sich um Nachfahren von Plantagenarbeitern, die Großbritannien in der

Kolonialzeit zum Einsatz auf den Teeplantagen nach Sri Lanka geholt hatte. Nach Ausbruch des Bürgerkrieges 1983 konnten sie nicht wie vorgesehen in ihre Heimat zurückreisen.

Am 8. Oktober griff die Staatspräsidentin Chandrika Kumaratunga den Premierminister Ranil Wickremesinghe an: Die nationale Sicherheit sei bedroht, der Hafen und die Marinebasis von Trincomalee durch eine militärisch verstärkte Guerilla in höchster Gefahr. Wickremesinghe wies diese Vorwürfe zurück und erhielt am 15. Oktober aus Indien Unterstützung: Der indische Geheimdienst wertete die von der srilankischen Opposition postulierte Bedrohung des Hafens von Trincomalee als Falschmeldung und die indische Regierung stellte sich offiziell hinter den Friedensprozeß. Am 19. Oktober begrüß-

te Delhi die geplante Machtteilung innerhalb eines föderalistischen Modells.

Am 23. Oktober startete die Opposition ihre Massenkampagne gegen die Regierung mit einer Demonstration in Trincomalee. Einen Tag darauf verlangte die Staatspräsidentin die Entfernung des norwegischen SLMM-Chefs, weil die SLMM (*Sri Lanka Monitoring Mission*) geheime Informationen über Marinebewegungen an die LTTE weitergegeben haben soll. Obwohl sich der srilankische Premier hinter SLMM-Chef Tellefsen stellte, rief die norwegische Regierung diesen zur Klärung der Vorwürfe nach Norwegen zurück. Schließlich wurden am 31. Oktober die LTTE-Vorschläge zu einer Interimsadministration an die Regierung übergeben.



Wunsch und Wirklichkeit: Platzt der Traum vom Frieden? (Foto: Jürgen Clemens)

Die Vorschläge der LTTE zur Interimsadministration

An dieser Stelle kann der LTTE-Plan für den Nordosten des Landes nur zusammengefaßt und interpretiert werden (der vollständige Text ist im Internet unter www.geoflueck.ch unter dem Link *Sri Lanka News* abrufbar): In der Einleitung beruft sich die LTTE auf Prinzipien des Rechtsstaats, der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Das beinhaltet bereits - unausgesprochen - den Begriff „tamilisches Volk“. Friedenswillen der LTTE, Dank an Norwegen und die internationale Gemeinschaft und der Wille der LTTE zu einer Interimsadministration (kurz: „IA“) sind weitere Elemente der Einleitung. Es geht dann weiter - nicht ohne Seitenhiebe gegen die bisherige srilankische (singhalesische) Politik: gebrochene Versprechen, bewaffneter Kampf als Selbstverteidigung, Diskriminierungen in den Verfassungen von 1972 und 1978 als Legitimation für Widerstand. Allerdings wird auch der politische Mut der amtierenden srilankischen Regierung gelobt. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß die LTTE in den von ihr kontrollierten Gebieten eine funktionierende Rechtsordnung und Kontrolle eingeführt hat. Als ersten eindeutigen Stolperstein ist die Forderung nach einer Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen auf ihren Besitz zu werten - dieser liegt nämlich zumeist in den militärischen Hochsicherheitszonen der srilankischen Armee. Dann folgen die einzelnen Bestimmungen:

Punkt 1 legt die betroffenen Gebiete der IA im Nordosten fest, die insgesamt acht Distrikte umfaßt (Amparai, Batticaloa, Jaffna, Kilinochchi, Mannar, Mullaitivu, Trincomalee und Vavuniya). Es fällt auf, daß der Distrikt Puttalam fehlt - dieses Gebiet bildet den südwestlichen Teil des von der LTTE propagierten Tamilenstaates und ist so auch auf allen LTTE-Symbolen mit der Silhouette eines *Tamil Eelam* enthalten. Darauf wird nun verzichtet. Eine Beteiligung der muslimischen Minderheit wird explizit erwähnt, nicht aber eine der singhalesischen Minderheit.

Punkt 2 ist der entscheidende Knackpunkt der LTTE-Vorschläge: Es geht um die Zusammensetzung der Interimsbehörde. Sie soll sich aus delegierten Mitgliedern der LTTE, der srilankischen Regierung, der Muslime des Nordostens und nach Punkt 2.3b auch aus Vertretern der singhalesischen Bevölkerung im Nordosten zusammensetzen. Entscheidend ist aber der Punkt 2.3a, der der LTTE in der IA eine absolute Mehrheit garantiert. Der Vorsitzende der IA soll durch Mehrheitsbeschluß der IA ernannt werden und besäße weitreichende Vollmachten.

Punkt 3 legt fest, daß obiger Zustand bis zur Durchführung von Wahlen für die IA innerhalb von fünf Jahren gelten soll. Die Wahlüberwachungsbehörde würde von der IA bestimmt.

Punkt 4 ist ein Bekenntnis zu den Menschenrechten nach internationalen Standards. Eine von der IA ernannte Menschenrechtskommission soll die Einhaltung dieser Standards überwachen.

Punkt 5 bestimmt, daß keine Religion über Vorzugsrechte verfügt, und ist ein Bekenntnis zum Säkularismus - keine Selbstverständlichkeit im hinduistisch geprägten Nordosten.

Punkt 6 verbietet Diskriminierungen aufgrund von Religion, Rasse, Kaste, nationaler oder regionaler Herkunft, Alter oder Geschlecht.

Punkt 7 richtet sich gegen Korruption in der IA.

Punkt 8 regelt den Schutz der ethnischen und religiösen Gemeinschaften.

Punkt 9 befaßt sich mit der juristischen Stellung der IA: Sie soll Vollmachten wie die jetzige Regionaladministration im Nordosten erhalten, eingeschlossen die Bereiche Wiederansiedlung, Rehabilitation, Wiederaufbau und Entwicklungsfragen. Detailfragen sollen von den Konfliktparteien ausdiskutiert werden.

Punkt 10 regelt die Gewaltenteilung zwischen Judikative und IA. Ein Bezug auf die srilankische Zentralregierung

fehlt.

Punkt 11 regelt finanzielle Aspekte. Die IA würde demnach weitreichende Vollmachten erhalten, auch mit Blick auf den Zugriff auf internationale Hilfsgelder. Zudem würden von der srilankischen Regierung für den Nordosten vorgesehene Gelder ebenfalls von einer LTTE-dominierten Regionalbehörde kontrolliert werden.

Punkt 12 erlaubt der IA, eigenständig mit ausländischen Partnern und Regierungen Handel zu treiben und Verträge abzuschließen, auch über Kredite und Darlehen.

Punkt 13 regelt buchhalterische Standards, wobei eine von der IA ernannte Firma diese prüfen soll.

Punkt 14 bestimmt, daß die IA Distriktverwaltungsbehörden für die Verwaltung auf unteren Ebenen bestimmen kann.

Punkt 15 gesteht der IA alle Kompetenzen betreffend Personal und administrativer Strukturen zu.

Punkt 16 behandelt die Landbesitzfragen: Demnach soll die IA die Verfügungsgewalt über den gesamten nicht-privaten Landbesitz erhalten. Mit anderen Worten: Der gesamte öffentliche Besitz würde unter die Kontrolle der IA geraten.

Punkt 17 legt fest, daß besetztes Land von der Armee unverzüglich zu räumen und die Grundstücke an die ursprünglichen Besitzer zurückzugeben ist. Hier stellt sich die Frage, wo sich die Armee anschließend überhaupt noch im Nordosten aufhalten kann - ein großer Stolperstein auf dem Weg zu einer endgültigen Friedensregelung.

Punkt 18 will der IA die Kontrolle über die Marine und die Meeresressourcen übertragen - ein weiterer Stolperstein.

Punkt 19 spricht der IA die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen im Nordosten zu. Bestehende Verträge sollen von der IA übernommen werden.

Punkt 20 behandelt Fragen der Wassernutzung. In diesem Punkt wird die srilankische Regierung als Partner der IA erwähnt.

Punkt 21 regelt die Vertragsnachfolge von der IA anstelle der srilankischen Regierung. Einnahmen aus bestehenden Regierungsverträgen sollen neu an die IA fließen.

Punkt 22 geht auf Streitfälle ein. Danach soll jede Partei einen Vertreter delegieren und sich auf einen dritten, gemeinsam ernannten Vorsitzenden einigen. Falls keine Einigung zu Stande kommen sollte, soll der Präsident des Internationalen Gerichtshofes einen Vorsitzenden ernennen. Das Oberste Gericht Sri Lankas würde damit als Schlichtungsinstanz umgangen.

Punkt 23 bestimmt, daß die genannten Vorschläge bis zu einem dauerhaften Friedensabkommen gültig sein sollen. Sollte innerhalb von vier Jahren keine Lösung gefunden werden, müßten die LTTE und die srilankische Regierung auf der Grundlage der LTTE-Vorschläge weiterarbeiten.

Fazit und Reaktionen

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die LTTE-Vorschläge Maximalforderungen darstellen: Die srilankische Regierung würde im Nordosten des Landes praktisch sämtliche Kompetenzen verlieren, die Armee müßte sich zurückziehen und die Marine käme unter die Kontrolle einer LTTE-dominierten Regionalbehörde. Die Kompetenzen der Interimsbehörde gingen weit über jene aller bekannten föderalistischen Modelle hinaus. Die LTTE würde sich *de facto* - infolge von ihr selbst bestimmten Kontrollorganen - nur noch selbst kontrollieren. All dies rechtfertigt aber noch lange nicht die später von der Staatspräsidentin durchgeführten Maßnahmen. Die Entgegennahme der LTTE-Vorschläge durch die srilankische Regierung bedeutete noch lange nicht deren Einverständnis mit dem Inhalt.

Westliche Länder lobten Anfang November in ersten Reaktionen den föde-

ralistischen Ansatz des LTTE-Positionspapiers, während die Medien in Indien sich mit Hinweis auf einen durch die Vorschläge legitimierten Quasistaat der LTTE im Nordosten Sri Lankas distanzieren. Die Muslime äußerten sich unzufrieden mit der ihr zugewiesenen Stellung. Ihre parlamentarische Vertretung kündigte eigene Vorschläge an. Die srilankische Regierung kritisierte grundlegende Differenzen zu ihrer eigenen Position, will aber so schnell wie möglich direkte Gespräche mit der LTTE führen.

Der Putschversuch der Präsidentin

Während eines Staatsbesuchs von Premierminister Ranil Wickremesinghe in den USA holte Präsidentin Chandrika Kumaratunga am 4. November 2003 zum großen Schlag aus.: Unter Berufung auf die angeblich bedrohte nationale Sicherheit entließ sie Verteidigungsminister Tilak Marapone, Informationsminister Bakeer und Innenminister Amaratunga und übernahm selbst deren Ministerien. Gleichzeitig rief sie den Ausnahmezustand aus und postierte die Armee an strategisch wichtigen Stellen. In den folgenden Tagen begann sie mit der Säuberung der staatlich kontrollierten Medien von Anhängern des Premierministers. Ihre Partei, die *People's Alliance*, kündigte zudem an, mit Hilfe von Überläufern aus dem Regierungslager und übrigen Oppositionsparteien die bisherige Koalition sprengen zu wollen und die Regierung zu übernehmen. Trotz Bestechungsversuchen scheiterte dieses Vorhaben jedoch.

Der Premierminister verurteilte die Aktionen der Staatspräsidentin. Ohne Zwang habe sie eine politische Krise ausgelöst, wettete der Regierungschef. Die srilankische Börse geriet durch die politischen Entwicklungen in einen Abwärtsstrudel und die Bevölkerung im tamilisch dominierten Norden reagierte mit Hamsterkäufen. Schnell zeigte sich aber auch, daß die bisherige Regierungspolitik weiterhin die Rückendeckung der internationalen Gemeinschaft genießt - insbesondere der USA, der EU, Japans und Indiens. Die Staatspräsidentin ist seitdem international isoliert und mußte Anfang

Dezember bei der Wahl des *Commonwealth*-Generalsekretärs mit ihrem Kandidaten, dem Ex-Außenminister Kadirgamar, eine bittere Niederlage einstecken. Schon am 7. November mußte sie den Ausnahmezustand wieder aufheben und ihr Antipode Ranil Wickremesinghe wurde am Flughafen triumphal empfangen. In der Folge erholte sich auch die Börse vorübergehend. Am 8. November postulierte die Staatspräsidentin im Rahmen einer Fernsehansprache eine Regierung der nationalen Einheit. Gleichzeitig liefen die Bemühungen um eine Oppositionskoalition mit der JVP auf Hochtouren. Am 10. November verschob die srilankische Regierung alle politischen Verhandlungen mit der LTTE auf unbestimmte Zeit. Am 14. November zog sich Norwegen als Vermittler zurück, bis auf Seiten der srilankischen Regierung wieder ein Ansprechpartner für den Friedensprozeß zur Verfügung steht. Ab 17. November trafen daraufhin Präsidentin und Premier zwar mehrfach zusammen, allerdings ohne Einigung. Die Wiedereröffnung des Parlamentes am 19. November verlief stürmisch.

LTTE-Chef Prabhakaran persönlich ermahnte die singhalesische Seite, zu einer Einigung zu kommen. Eine weitere Diskriminierung der tamilischen Bevölkerungsminderheit würde nicht akzeptiert. Ein Besuch des EU-Kommissars Chris Patten bei Prabhakaran am 26. November löste heftige Proteste singhalesischer Nationalisten aus, die bei Kundgebungen Bilder des LTTE-Führers verbrannten und öffentlich damit drohten, den von Patten bei dieser Reise benutzten Helikopter mit Flugabwehrraketen abzuschießen. Außerdem kritisierten die gleichen Kreise die Staatspräsidentin, daß sie eine Ausstrahlung der Rede von Prabhakaran am *National Hero Day* zugelassen habe, obwohl sie das Informationsministerium und die staatlichen Medien kontrolliere. Auch forderten sie eine aggressivere Gangart gegenüber der LTTE im ethnisch unruhigen Gebiet von Kinniya und Muttur, südwestlich der Hafenstadt Trincomalee.

Am 5. Dezember setzte die srilankische Regierung der Staatspräsidentin eine Frist bis zum 15. Dezember, um im Machtkampf beider Seiten per Dialog zu einer Lösung zu kommen. Am 9. Dezember

beharrte aber die Staatspräsidentin in einer öffentlichen Stellungnahme auf der Forderung nach einer Regierung der nationalen Einheit. Im vierten und möglicherweise letzten Gespräch zwischen Staatspräsidentin und Regierungschef vom 10. Dezember blieb entsprechend eine Annäherung der Standpunkte aus. Kumaratunga brachte einzig die Schaffung eines neuen Ministeriums für nationale Sicherheit ins Gespräch, wollte aber trotz anderslautender Aussagen vom 16. November (gemeinsame Kontrolle des Verteidigungsministeriums) in Fragen der Landesverteidigung unter keinen Umständen Kompetenzen abgeben. Angesichts dieser blockierten Situation sind Neuwahlen nicht auszuschließen.

Internationale Aspekte

Es darf wohl ohne Übertreibung festgehalten werden, daß Präsidentin Chandrika Kumaratunga den Machtkampf wahrscheinlich für sich entschieden hätte, wäre sie international nicht auf derart heftige Ablehnung gestoßen. Selbst Indien bekannte sich unmißverständlich zur Friedenspolitik ihres Rivalen, Premierminister Ranil Wickremesinghe. Die USA, Großbritannien, Australien, die EU und Japan sind weitere internationale Akteure, die klar eine Friedenspolitik in Sri Lanka wünschen. Doch auch in der singhalesischen Bevölkerung selbst ist der Friedenswille größer als die Lust auf einen neuen Bürgerkrieg. Momentan sind Hunderte von Millionen US-Dollar an Hilfgeldern, Krediten und Investitionsgeldern blockiert. Diese Geldhähne öffnen sich erst wieder, wenn in Sri Lanka der Friedensprozeß weitergeht.

Der Rückzug Norwegens aus der Vermittlertätigkeit bedeutet nicht den Rückzug der SLMM, die weiterhin ihrer schwierigen Arbeit unter erschwerten Bedingungen nachgeht. Japan hat Sri Lanka davor gewarnt, daß ein Hilfspaket von 4,5 Milliarden US-Dollar gefährdet sein könnte, falls es nicht mehr zu Friedensverhandlungen kommt. EU-Kommissar Chris Patten mahnte aber auch die LTTE, die Rechte der muslimischen Minderheit zu beachten. Zudem kritisierte er bei seinem Besuch am 27. November in Co-

lombo, daß die LTTE-Vorschläge zu einer Interimsadministration nicht mit föderalistischen Grundsätzen zu vereinbaren seien.

Entwicklung der Sicherheitslage

Entgegen der allgemeinen Erwartungen blieb die Sicherheitslage nach dem Ausbruch der politischen Krise am 4. November noch für einige Wochen stabil. Aber seit dem 24. November nahmen die Zwischenfälle im Osten stark zu. Insgesamt wurden bis zum 6. Dezember sieben Muslime bei Anschlägen getötet. Die Staatspräsidentin in ihrer Funktion als Oberkommandierende der Armee, unter deren Kontrolle auch das Verteidigungsministerium steht, hat die Sicherheitskräfte zu mehr Engagement aufgefordert, um die Verbrechen an Muslimen aufzuklären. In diesem Kontext erlaubte sie ausdrücklich die Festnahme von LTTE-Kadern. Sie steht aber unter zunehmendem Druck singhalesischer Nationalisten. Auf der anderen Seite finden weiterhin Treffen zwischen Armee, SLMM und LTTE statt, um gemeinsam die Lage zu beurteilen und zu beruhigen.

Aber der srilankische Generalstabschef Lionel Balagalle warnte eindringlich davor, daß sich die LTTE für den Fall des Scheiterns der Friedenspolitik auf einen neuen Waffengang vorbereite. Darauf deuten auch kürzlich realisierte Bunkerbauten in der Region Trincomalee und Neurekrutierungen hin. Allein im Oktober sollen laut internationalen Beobachtern 80 Beschwerden wegen der Rekrutierung von Minderjährigen gegen die LTTE eingereicht worden sein. Aber auch die Armee baut ihre Stellungen aus und legt um einige Lager auf der Jaffna-Halbinsel Minen. Allgemein steigt die Nervosität, vor allem auf Seiten der Sicherheitskräfte. Sie befürchten zunehmend eine Überraschungsoffensive der LTTE. **D**

► **Internet-Tipp:**
Informationen auch unter
www.geoflueck.ch